

Notausschuss wird nicht mehr einberufen

Grasbrunn – Im Mai 2020 schuf der Grasbrunner Gemeinderat die Möglichkeit eines verkleinerten Notausschusses. Dies wird jetzt rückgängig gemacht, Gemeinderat und Ausschüsse tagen weiterhin vollzählig mit großem Abstand im Bürgerhaus Neukeferloh.

Nachdem Bürgermeister Klaus Korneder (SPD) von seinem Hausrecht Gebrauch gemacht hatte und jeder Gemeinderat sowie Besucher vor der Sitzung einen Schnelltest machen musste, teilte er mit, dass es einen ungeimpften Gemeinderat gebe. „Dieser muss nach der neuesten Verordnung aus dem bayerischen Innenministerium vor jeder Sitzung einen maximal 48 Stunden alten negativen PCR-Test vorlegen.“ Auch jeder geimpfte oder genesene Gemeinderat sollte nach Möglichkeit einen Schnelltest machen, „es gibt nämlich nur noch 3G oder 3G plus, 2G oder 2G plus ist nicht zulässig“, sagte Korneder. Er schlage 3G plus für alle Sitzungen vor, den PCR-Test für den ungeimpften Gemeinderat würde die Gemeinde bezahlen. Dem entsprach der gesamte Gemeinderat.

Ebenso wird der Passus der Geschäftsordnung, wonach beim Überschreiten der Inzidenz von 200 ein zwölfköpfiger Notausschuss statt des kompletten Gemeinderats tagen soll, wieder entnommen. Da die Gemeinderäte laut Korneder zwar einen Sitzungszwang, aber auch einen Anspruch auf körperliche Unversehrtheit haben, wurden die Sitzungen seit dem 26. März 2020 unter Beachtung der Hygieneschutzmaßnahmen in den großen Saal des Bürgerhauses verlegt. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit der Einberufung eines Ferienausschusses/Notausschusses geschaffen. Dieser sollte bei einer Inzidenz von über 200 im Landkreis einberufen werden. Die Krux: „Zum einen darf dieser Notausschuss nur einmal pro Jahr tagen. Zum anderen stehen für uns wichtige Abstimmungen an, etwa im Dezember der Haushalt für 2022“, sagte Korneder. In einem Notausschuss dürften aber keine Haushaltsabstimmungen stattfinden, man müsste warten, bis die Inzidenz wieder unter 200 sinkt und hätte so lange nur einen vorläufigen Haushalt mit zig Auflagen. Korneder empfahl daher die Beibehaltung der Sitzungen im Bürgerhaus und den Widerruf des Beschlusses vom Frühjahr 2020.

„Heute ist die Situation mit einer Inzidenz von 416 viel dramatischer als 2020 und jetzt würden wir die damals eingeführte Regel außer Kraft setzen?“, fragte Paul König (CSU). Das mache für ihn keinen Sinn, daher sollte man den Notausschuss komplett entfernen. Dem stimmte der Gemeinderat zu. BERT BROSCH